

1271/AB XXI.GP
Eingelangt am: 20.11.2000
BM f. Wirtschaft und Arbeit

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1260/J betreffend Ölpreis, welche die Abgeordneten Dietachmayr und Genossen am 20. September 2000 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Die Treibstoffpreiserhöhungen der letzten Monate sind ausschließlich auf die entsprechenden Rahmenbedingungen und Bewegungen des internationalen Erdölmarktes und die Entwicklung des Dollarkurses, von denen Österreich sich naturgemäß nicht abkoppeln kann, zurückzuführen.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Die Entwicklung der österreichischen Preise für Treibstoff, Heizöl und Gas ist der beiliegenden Publikation der International Energy Agency (IEA) „Energy Prices & Taxes“ zu entnehmen.

Antwort zu den Punkten 3 und 9 der Anfrage:

Zur Frage der heimischen Treibstoffpreisgestaltung möchte ich darauf hinweisen, dass es durch neuerlich im September gesetzte Initiativen des

Wirtschaftsministeriums gelungen ist, das Preisniveau, unter Berücksichtigung der spezifischen österreichischen Situation, nachhaltig an den EU - Durchschnitt heranzuführen, indem die durchschnittlichen inländischen Nettopreise tendenziell nicht mehr als 40 g/l über den vergleichbaren EU - Werten liegen dürfen.

Diese allseits akzeptierte Differenz von 40 Groschen ergibt sich aufgrund von im EU - gemeinschaftlichem Vergleich aufwendigeren Versorgungskosten (Binnenmarktlage) und den in Österreich im Vergleich hohen Umweltstandards.

Die jeweils aktuelle Preisentwicklung wird unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen einer Monitoring - Gruppe, welcher unter anderem auch die Sozialpartner angehören, seit April 1999 wöchentlich überwacht und analysiert.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Sowohl die EU als auch die IEA betrachten eine Steuersenkung angesichts der hohen Ölpreise als ein nicht geeignetes Instrument. Vielmehr könnte eine Steuersenkung von der OPEC als Einladung zu weiteren Preissteigerungen missverstanden werden und gleichzeitig auch ein ökologisch falsches Signal darstellen.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

In einem Ministerratsbeschluss hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, jene Aufwendungen zu verdoppeln, die als Unterstützungsmaßnahmen von sozial Bedürftigen für erhöhte Heizölpreise zur Minderung der Auswirkung der Preissteigerungen am Heizölmarkt von den Bundesländern in Aussicht gestellt werden.

Hinsichtlich der detaillierten Modalitäten darf auf die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Finanzen und des Herrn Bundesministers für Soziale Sicherheit und Generationen verwiesen werden.

Antwort zu den Punkten 6, 7 und 17 der Anfrage:

Zur Erhöhung der Markttransparenz und unter gleichzeitiger Förderung des Wettbewerbs hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit auf seiner Homepage den „Benzinpreis Monitor“ eingerichtet. Dieser bietet dem Konsumenten umfassende Informationen über die nationale und internationale Preissituation auf dem Treibstoffmarkt sowie über billige Tankmöglichkeiten.

Beweise für das Vorliegen illegaler Preisabsprachen oder abgestimmter Verhaltensweisen gab es bis dato weder in Österreich noch auf der Ebene der Europäischen Kommission, die sich in der letzten Zeit verstärkt diesem Thema gewidmet hat. Sollten sich aber Hinweise auf solche ergeben, würden die nach bestehender Gesetzeslage zur Verfügung stehenden Instrumente zur Abstellung eines solchen Verhaltens voll eingesetzt. Festzuhalten ist aber auch, dass der Kraftstoffsektor transparent ist (gleiche Einkaufspreise, etc.). Diese Transparenz kann auch zu „zufällig identischen Treibstoffpreisen“ führen, da der Endverbrauchspreis bei den einzelnen Anbietern klar ersichtlich ist. Insofern kann es sich auch um ein marktkonformes Parallelverhalten handeln, welches in § 11 Abs. 1 KartG explizit vom Kartelltatbestand ausgenommen ist.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

Sowohl IEA als auch EU sehen die Inanspruchnahme von Notstandsreserven nur für den Fall weltweiter signifikanter Verknappungserscheinungen auf dem Erdölsektor vor. Ein Abbau aus preisstrategischen Gründen wird aus derzeitiger Sicht von den Mitgliedstaaten abgelehnt. Ungeachtet dieses Sachverhaltes überlegt die EU strategische Reserven anzulegen, die über die 90 - Tage - Pflichtnotstandsreserve hinausgehen. Dadurch könnten marktstrategische Maßnahmen gesetzt werden. Österreich wird an diesem Diskussionsprozess mitwirken.

Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:

Die wöchentlichen Durchschnittswerte der Treibstoffpreise von der Europäischen Kommission werden aufgrund der individuellen Montagsmeldungen der 15 Mitgliedstaaten im Nachhinein ermittelt. In diesem Zusammenhang ist es unmöglich, die entsprechenden Daten der 14 anderen EU - Staaten im Vorhinein zu kennen. Aufgrund dieses Sachverhalts werden innerhalb von 24 Stunden nach Veröffentlichung der europäischen Werte Nachjustierungen vorgenommen, um die mathematisch erforderliche Anpassung bei den österreichischen Werten zu gewährleisten.

Bei einer Analyse der Auswertungen für den Zeitraum 12. April 1999 bis 9. Oktober 2000 kann festgestellt werden, dass die österreichischen Nettopreise für Treibstoffe den 40 g - Abstand zum EU - Durchschnitt deutlich öfter unterschritten als überschritten.

Antwort zu Punkt 11 der Anfrage:

Von der zuständigen Fachsektion wurden bereits diesbezügliche Vorschläge ausgearbeitet. Wann und in welcher Weise diese umgesetzt werden, kann erst nach Verhandlungen mit den betroffenen Interessenvertretungen dargelegt werden. An einer Gewerberechts - Reform wird derzeit gearbeitet.

Antwort zu Punkt 12 der Anfrage:

Der Strukturbereinigungsprozess im heimischen Tankstellennetz hat sich auch im Vorjahr fortgesetzt. In Summe ging die Zahl der Tankstellen von 3.141 Anfang 1999 um 151 Stationen oder 4,8 % auf 2.990 Tankstellen zu Beginn dieses Jahres zurück. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen und zu einer weiteren Reduktion des Tankstellennetzes führen.

Antwort zu Punkt 13 der Anfrage:

Die Beantwortung dieser Frage fällt in den Zuständigkeitsbereich des Herrn Bundesministers für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Grundsätzlich möchte ich jedoch darauf hinweisen, dass es im Vorjahr gelungen ist, entscheidende Initiativen für den vermehrten Einsatz von Biodiesel zu setzen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Antwort zu den Punkten 14 bis 16, 18, 19 und 21 bis 25 der Anfrage:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt in die Zuständigkeitsbereiche des Herrn Bundesministers für Finanzen bzw. des Herrn Bundesministers für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Antwort zu Punkt 20 der Anfrage:

Laut einer Expertise des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) ist für das heurige Jahr mit einer Gesamtinflation von etwa 2,25 Prozent zu rechnen. Davon sind 0,7 Prozentpunkte direkt auf die gestiegenen Treibstoff - und Heizölpreise zurückzuführen.

Antwort zu Punkt 26 der Anfrage:

Der Einsatz von Brennstoffzellen ist grundsätzlich positiv zu beurteilen. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass besonders die mobile Anwendung hohe Anforderungen an die Robustheit, Handhabbarkeit und einfache Herstellbarkeit der Elemente stellt; die Großserienreife ist jedenfalls noch nicht absehbar. Dazu kommt die Frage der Energiespeicherung im Fahrzeug und damit des in der Zelle eingesetzten Brennstoffs; Wasserstoff ist eine - technisch aufwendige - Möglichkeit.

Grundsätzlich ist zu Wasserstoff festzustellen, dass er - ähnlich wie die Elektrizität - ein Sekundärenergieträger ist. Er kann daher keine Primärenergieträger ersetzen

und ist ökologisch bestenfalls so unbedenklich wie seine Erzeugung. Am ehesten kann man Erdgas als natürliches Wasserstoffvorkommen ansehen, von dem allerdings der Kohlenstoff unter Energieverlust abgespalten und deponiert werden müsste. Dies erscheint - jedenfalls solange Kohle energiewirtschaftlich genutzt wird - gesamthaft wenig zielführend.